



HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Elterngeld stärken statt Familien weiter zu belasten – Hessen muss Kürzungsplänen des Bundes entgegenreten

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag bekennt sich zum besonderen Schutz von Ehe und Familie sowie zum natürlichen Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder.
2. Der Landtag stellt fest, dass das Elterngeld eine unverzichtbare familienpolitische Leistung ist, die Eltern in der Zeit nach der Geburt finanziell entlastet, ihre Erziehungsleistung anerkennt und ihnen Wahlfreiheit bei der Betreuung ihrer Kinder sichern soll.
3. Der Landtag weist darauf hin, dass das Elterngeld seit seiner Einführung im Jahr 2007 nicht an die Preisentwicklung angepasst worden ist und bereits bis zum Jahr 2023 rund 38 Prozent an Kaufkraft verloren hat; weitere Einschnitte wären deshalb familienpolitisch das falsche Signal.
4. Der Landtag nimmt mit Sorge die aktuellen Überlegungen auf Bundesebene zur Kenntnis, beim Elterngeld weitere Kürzungen vorzunehmen, obwohl Familien bereits durch gestiegene Lebenshaltungs- und Wohnkosten sowie durch Defizite in der Betreuungsinfrastruktur erheblich belastet sind
5. Der Landtag begrüßt, dass sich die Hessische Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege, Diana Stolz, in ihrer Pressemitteilung vom 28. Mai 2026 klar gegen weitere Kürzungen beim Elterngeld ausgesprochen und dessen Erhalt und Stärkung eingefordert hat.
6. Der Landtag stellt fest, dass geplante Kürzungen beim Elterngeld in deutlichem Widerspruch zu dem von der Hessischen Landesregierung formulierten Anspruch stehen, Kinder und Familien in den Mittelpunkt politischen Handelns zu stellen und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land weiterzuentwickeln.
7. Der Landtag betont, dass Familien in Zeiten rückläufiger Geburtenzahlen, wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit und anhaltender Belastungen durch fehlende Betreuungsplätze auf familienpolitische Verlässlichkeit, Planungssicherheit und echte Wahlfreiheit angewiesen sind.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene und im Bundesrat unmissverständlich gegen weitere Kürzungen beim Elterngeld einzusetzen und stattdessen auf eine Stärkung dieser Leistung hinzuwirken.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, sich auf Bundesebene für eine Ausweitung des Elterngeldbezugs einzusetzen, um Eltern mehr Freiheit bei der frühen Betreuung und Erziehung ihrer Kinder zu ermöglichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Juni 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe